

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Seite 1 von 9

Brief, Rolf	UWG/Forum-Fraktion
Gesell, Andrea	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Lamprichs, Holger	CDU-Fraktion
Liebeskind, Annette	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Paveh, Siyamak	SPD-Fraktion
Schüller, Alexander	FDP-Fraktion
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion
Velten, Konrad	CDU-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 28/2018 vom 25.04.2018	
5	Vorstellung der Vorentwurfsplanung zum Ausbau Uedorfer Weg und Bornheimer Straße	345/2018-9
6	Bebauungsplan Me 16 in der Ortschaft Merten; Offenlagebeschluss	313/2018-7
7	Grundsatzbeschluss zum geförderten Wohnungsbau	050/2018-7
8	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	326/2018-7
9	Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes in Bornheim	266/2018-7
10	Verkehrssituation K 33 in Rösberg	281/2018-9
11	Bauvoranfrage zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Hofstelle mit einer Halle und einem Zweifamilienhaus	349/2018-6
12	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 20.11.2017 betr. Beleuchtung Fuß- und Radweg Zweigrabenweg	863/2017-9
13	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vom 26.04.2018 betr. Dialog mit Straßen.NRW	314/2018-9
14	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und UWG-Fraktion vom 26.04.2018 betr. Arbeitskapazitäten der Abteilung Stadtplanung	315/2018-7
15	Mitteilung zum Radverkehr auf dem Rheinuferweg in Uedorf	284/2018-9
16	Mitteilung betr. 11. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Hersel	308/2018-7
17	Mitteilung betr. Windkonzentrationszone in Bornheim	343/2018-12
18	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	353/2018-1
19	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt den Tagesordnungspunkt 9 hinter Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 6, 9, 7, 8, 10-19.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.		
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.		
3	Einwohnerfragestunde	

Herr Jürgen Marten, Schubertstraße

1. Werden bei der dort vorgesehenen Renaturierung die Grundstücksflächen hinten beeinträchtigt?

Antwort:

Im Bebauungsplan sind nur die Flächen einbezogen, die Bachgrundstücke darstellen. Die Anliegergrundstücke an der Schubertstraße sind in der Bauleitplanung nicht tangiert von der Renaturierung. Bachgrundstücke, die unmittelbar am Bach liegen, sind Bestandteil des Bebauungsplans.

2. Ist das, was rückwärtig unmittelbar an den Bach grenzt, ein Bachgrundstück?

Antwort:

Bachgrundstück ist das, was unmittelbar an den Bach grenzt, aber nicht die Siedlungsgrundstücke, die zur Schubertstraße liegen. Da liegen oft noch andere Parzellen dazwischen. Im Stadtplanungsamt können sich die Grundstückseigentümer die Planungen erläutern lassen. Wenn es eine Art von Betroffenheit auf ein Grundstück gibt, kann anhand eines großmaßstäblichen Planes verfolgt werden, wo die Grundstücksgrenze verläuft.

3. betr. anderes Grundstück auf der anderen Seite, verschiedene Planungen „Sammelbecken etc“

Wird da mit den Anwohnern noch das Gespräch gesucht?

Antwort:

Soweit der Ausschuss heute die weitere Planung beschließt, wird mit den Flächeneigentümern der Bachparzellen gesprochen.

Herr Achim Duwe, EG einer Wohnung in der Offenbachstraße

Ist im Zuge des Ausbaues der Offenbachstraße mit zusätzlichen Erschließungsbeiträgen zu rechnen?

Antwort:

Die Offenbachstraße wird im Rahmen einer eigenständigen Bauleitplanung unter dem Arbeitstitel Me 17 gefasst. Der Ausbau der Offenbachstraße ist erforderlich und es werden Anforderungen an Beiträge der Anlieger erwartet.

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 28/2018 vom 25.04.2018	
----------	--	--

Der Ausschuss für Stadtentwicklung erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 28/2018 vom 25.04.2018 keine Einwände.

5	Vorstellung der Vorentwurfsplanung zum Ausbau Uedorfer Weg und Bornheimer Straße	345/2018-9
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Straßenplanung zum Ausbau Uedorfer Weg/Bornheimer Straße zur Kenntnis und

2. beauftragt die Verwaltung,
 - 2.1 Gespräche mit dem Fördergeber zu führen und auf Grundlage der vorgestellten Planung einen Einplanungsantrag zu stellen
 - 2.2 die Entwurfsplanung als Grundlage für einen Förderantrag zu beauftragen
 - 2.3 Gespräche zum Grunderwerb mit den Anliegern zu führen
 - 2.4 mit dem Straßenbaulastträger der Landesstraße L 300 und der HGK eine Verwaltungsvereinbarung zum Umbau des Knotenpunktes L 300/ Bornheimer Straße abzustimmen.

- Einstimmig -

6	Bebauungsplan Me 16 in der Ortschaft Merten; Offenlagebeschluss	313/2018-7
----------	--	-------------------

Der Änderungsanträge der CDU-Fraktion,

- a. lediglich 5 Mehrfamilienhäuser wie im Rat mit Vorlage 006/2015-7 beschlossen vorzusehen und
 - b. die Zahl von 132 Wohneinheiten soll nicht wesentlich überschritten werden,
- werden mit einem Stimmenverhältnis von
- 12 Stimmen für den Beschluss (CDU, FDP, UWG)
- 10 Stimmen gegen den Beschluss (SPD, B90/Grüne, LINKE, Breuer)
- (ohne Mitwirkung des AM Feldenkirchen gem. § 31 GO)
- angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgrund der geänderten Erschließungssituation geringfügig zu verändern,
2. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Me 16 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats mit folgenden Änderungen öffentlich auszulegen.
 - a. lediglich 5 Mehrfamilienhäuser wie im Rat mit Vorlage 006/2015-7 beschlossen
 - b. die Zahl von 132 Wohneinheiten soll nicht wesentlich überschritten werden.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1 und 2 (ohne a und b)

- 21 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, LINKE)
- 01 Stimme gegen den Beschluss (Breuer)
- (ohne Mitwirkung des AM Feldenkirchen gem. § 31 GO)

7	Grundsatzbeschluss zum geförderten Wohnungsbau	050/2018-7
----------	---	-------------------

AM Stadler beantragt getrennte Abstimmung der Ziffer 1.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. beschließt, dass der geförderte Wohnungsbau bei der weiteren Baulandentwicklung berücksichtigt werden soll,
2. beauftragt die Verwaltung mit Investoren bzw. Grundstückseigentümern über den Umfang von geförderten Wohneinheiten in Neubaugebieten zu verhandeln unter Beachtung der Kriterien Größe des Baugebietes, Qualität und Lage, Art der Bebauung und Einordnung in den Sozialraum und
3. beauftragt die Verwaltung einen konkreten Vorschlag im Rahmen des Beschlusses zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung den Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1.:

21 Stimmen für den Beschluss	(CDU, SPD tw., B90/Grüne, FDP, UWG, LINKE)
01 Stimme gegen den Beschluss	(SPD tw.)
01 Stimmenthaltung	(Breuer)

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2 und 3:

Einstimmig

bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

AM Breuer erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er der Vorlage nicht zustimmen kann, weil die ABB in ihrem Grundsatzprogramm eine Mindestquote von 20 Prozent geförderten Wohnungsbau stehen hat, er sich hier aber enthalten wird, da weniger als 20% besser seien als gar kein geförderter Wohnungsbau.

AM Stadler erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er gegen Ziffer 1 gestimmt habe, weil in diesem Beschluss seine Grundforderung nach einer Mindestquote von 20 Prozent geförderten Wohnungsbau nicht enthalten ist und somit der dringend notwendig geförderte Wohnungsbau in Bornheim der Beliebigkeit von Investoren überlassen wird, und der Stadtrat dadurch ein sozialpolitisches Steuerungsinstrument aus der Hand gibt.

8	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	326/2018-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung verlegt auf Antrag der CDU-Fraktion den Tagesordnungspunkt in die Haushaltsberatungen.

- Einstimmig -

9	Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes in Bornheim	266/2018-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. von einer Änderung des Linienweges der Linie 817 gemäß dem vom Rhein-Sieg-Kreis vorgelegten Konzept abzusehen und lediglich ein neues Haltestellenpaar in der Ortschaft Brenig in der Straße Hohlenberg zur ergänzen,
2. die Durchführung der Weiterentwicklung der Linie 818 gemäß dem vom Rhein-Sieg-Kreis vorgelegten Konzept zur Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes

in der Stadt Bornheim und dem Ergebnis der Probebefahrung,

3. die Einrichtung einer Kleinbuslinie 745 Bornheimer Berghüpfer auf dem vom Rhein-Sieg-Kreis entwickelten und im Konzept vorgelegten Linienweg sowie dem Ergebnis der Probebefahrung.

Der Rat beauftragt auf Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und UWG/Forum-Fraktion die Verwaltung im nächsten Schritt zu prüfen,

1. wie Üllekoven und Bisdorf eingebunden werden können,
2. wie die Außenbezirke in den Rheinorten eingebunden werden können,
3. ob der Bereich des Ortsteils Merten-Trippelsdorf (Holzweg, Höhenweg, Vinzenzstraße) eingebunden werden kann.

Der Rat beauftragt auf Antrag der SPD-Fraktion die Verwaltung zu prüfen,

1. ob der Bereich Walberberg Nord eingebunden werden kann und
2. für die zusätzlichen Maßnahmen die Kosten zu benennen.

- Einstimmig -

10	Verkehrssituation K 33 in Rösberg	281/2018-9
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen und beauftragt die Verwaltung

1. die Möglichkeiten der Umsetzung von „Shared Space“ (sog. Gemeinschaftsstraße) im fraglichen Streckenabschnitt der K 33 mit dem Rhein-Sieg-Kreis als zuständigem Straßenbaulastträger zu prüfen und
2. den Ausschuss über den Ausgang dieses Verfahrens zu unterrichten.

- Einstimmig -

11	Bauvoranfrage zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Hofstelle mit einer Halle und einem Zweifamilienhaus	349/2018-6
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, der Bauvoranfrage zur Errichtung einer landwirtschaftlichen Hofstelle mit einer Halle und einem Zweifamilienhaus im Außenbereich gem. § 35 Abs. 1 BauGB zuzustimmen.

- Einstimmig -

12	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 20.11.2017 betr. Beleuchtung Fuß- und Radweg Zweigrabenweg	863/2017-9
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

und beauftragt die Verwaltung auf Antrag der CDU-Fraktion, die Beleuchtung mit Annäherungssensoren umzusetzen.

Abstimmungsergebnis

- | | | |
|----|-----------------------------|-------------------------|
| 11 | Stimmen für den Beschluss | (CDU, FDP) |
| 09 | Stimmen gegen den Beschluss | (SPD, B90/Grüne, LINKE) |
| 03 | Stimmenthaltungen | (UWG, Breuer) |

13	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vom 26.04.2018 betr. Dialog mit Straßen.NRW	314/2018-9
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, einen Vertreter von Straßen.NRW zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, um die folgenden Themen zu besprechen:

- Funktionsfähigkeit der äußeren Umgehung für Bornheim und Roisdorf: Insbesondere Ampelschaltung und Abbiegebeziehungen am Hellenkreuz (L183/L192), Ertüchtigung und Ausbau des Kreisverkehrs L192/L281 und Betrachtung der weiteren Kreuzungsbereiche im Verlauf der Umgehung
- Betrachtung des Kreuzungsbereichs L300/Herseler Straße inklusive Kreuzung der Stadtbahn-Linie 16
- Mögliche Verlängerung der L281 vom Kreisverkehr L192/L281 über Sechtem nach Walberberg

- Einstimmig -

14	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und UWG-Fraktion vom 26.04.2018 betr. Arbeitskapazitäten der Abteilung Stadtplanung	315/2018-7
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

15	Mitteilung zum Radverkehr auf dem Rheinuferweg in Uedorf	284/2018-9
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

16	Mitteilung betr. 11. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Hersel	308/2018-7
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

AM Stadler

Geht die Konzentrationszone noch weiter?

Antwort:

Hier ist keine Konzentrationszone. Es handelt sich um eine Flächennutzungsplanänderung, in der die Frage gestellt wurde, ob sich die Bezirksregierung dort bald weitere Gewerbeflächen vorstellen kann.

17	Mitteilung betr. Windkonzentrationszone in Bornheim	343/2018-12
-----------	--	--------------------

- Kenntnis genommen -

18	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	353/2018-1
-----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilungen

Keine.

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Von der Vorlage Nr. 353/2018-1 Kenntnis genommen.

19	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Engels

1. Wie kommt es in der Verlängerung der Schulstraße dazu, dass bereits zweimal in kürzester Zeit diese überschwemmt und verschlammt wurde?

Antwort:

Bei Starkregensituationen, wo kleinräumig festsetzende Regenwolken dauerhaft 40 Liter pro qm auf die Fläche bringen, entstehen Probleme. Langfristig kann man das Risiko verkleinern, in dem man die Verkehrsanlagen mit einer darauf hin orientierten Entwässerung und Regenrückhaltung endausbaut. Dies ist im Bereich der Schulstraße nicht gegeben.

2. Das Problem stellt sich aber erst in den letzten 2-3 Monaten dar.
Kann es daraus resultieren, dass der landwirtschaftliche Betrieb die Grasnarbe abgearbeitet hat und das Wasser direkt vom Berg auf die Straße fließt?

Antwort:

Das Umweltamt ist seit Jahren dabei auf die Landwirte einzuwirken, dass sie die Bearbeitung ihrer Hangfelder möglichst so gestalten, dass dies nicht passiert.

3. Kann der Landwirt angehalten werden, die Fuge wieder herzustellen, damit die Straße nicht nach jedem Regen überschwemmt wird?

Antwort:

Juristisch gesehen ist dies ein schwieriges Problem.

Der Stadtbetrieb versucht auf die Landwirte einzuwirken, dass sie ihre Bewirtschaftung unter Rücksicht auf Starkregenereignisse etwas verändern, etwas modifizieren. Auf der anderen Seite ist es eine Frage der Ausbauqualitäten von Straßen.

AM Weiler betr. Schelmenpfad

Wann kommen die Tempo 30 Schilder?

Antwort:

Die Einfahrt von der L 183 ist ausgeschildert als Tempo 30 Zone, und für alle Straßen, die dahinter kommen, gilt ebenfalls Tempo 30. Durch die Querstraßen wird die Tempo 30 Zone nicht aufgehoben.

AM Breuer betr. Uedorfer Weg, von Uedorf Richtung Bornheim hinter der Autobahnunterführung

Kann der Stadtbetrieb nach Regen die Unterführung von Schlamm beseitigen, damit das Wasser wieder abfließen kann?

Antwort:

Deshalb wurde unter Tagesordnungspunkt 5 der Ausbau des Uedorfer Weges vorgestellt.

AM Kleinekathöfer

Warum ist, nach Einzeichnen der Parkzonen in der Kartäuserstraße, ein absolutes Halteverbotsschild stehen geblieben und mit Klebeband ungültig gemacht worden?

Antwort:

Wird geprüft.

AM Engels betr. Schelmenpfad und Lindenstraße

Warum wurden in den begrünten Verkehrsberuhigungsbereichen vor 5-6 Wochen die Pflanzen und das Erdreich ausgegraben und anschließend wieder mit den gleichen Pflanzen befüllt?

Antwort:

Wird geprüft und im Umweltausschuss beantwortet.

Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung